

**Keine Freiheit ohne Sicherheit –
„Chemnitzer Erklärung“
für eine moderne Sicherheitspolitik**

**Beschlusspapier der
Innenminister und –senatoren der Unionsländer
Chemnitz, den 21. August 2009**

Präambel

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Die Menschen in Deutschland wollen frei und sicher leben. Freiheit und Sicherheit schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Deshalb steht eine erfolgreiche Sicherheitspolitik ständig vor neuen Herausforderungen, denen sich die Innenminister und –senatoren der CDU/CSU konsequent stellen. Dort, wo die Union regiert, leben die Menschen sicherer. Und nur wer keine Angst hat, kann in Freiheit leben. Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU haben die personellen, technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür stetig verbessert. Sie werden auch weiterhin zuverlässig Antworten darauf geben, wie Sicherheit in Zukunft gewährleistet und die deutsche Sicherheitspolitik weiter fortentwickelt werden kann.

1.) Wir wollen einen starken Staat gegen Terrorismus

Wir können die Augen nicht verschließen vor der terroristischen Bedrohung: Deutschland steht eindeutig im Fadenkreuz weltweit vernetzter islamistischer Terroristen und Extremisten. Die bewährten polizeilichen Maßnahmen müssen an diese veränderte Situation angepasst werden, um den Feinden der Demokratie und einer freien Gesellschaft angemessen zu begegnen. Nur ein wehrhafter Staat kann die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch vor dem Hintergrund der aktuellen Terrorgefahr gewährleisten.

Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU stehen dafür:

- mit Präventionsstrategien, religiös motiviertem Terrorismus die Wurzeln zu entziehen. Radikalisierungsprozesse müssen frühzeitig durchbrochen sowie die Rückkehr aus der Szene aktiv unterstützt werden.
- diejenigen zu bestrafen, die sich in Terrorcamps ausbilden lassen oder aufhalten, um sich auf terroristische Anschläge vorzubereiten.
- das Aufspüren und Beschlagnahmen von Verbrechen Gewinnen konsequent zu verstärken, um so die international organisierte Kriminalität und den Terrorismus zu schwächen.
- das Ausweisungsrecht zu vereinfachen, um Terrorismusverdächtige des Landes zu verweisen und ausländische Straftäter bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausweisen zu können.
- die Ermittler mit den rechtlichen Grundlagen auszustatten, um die Kommunikation und die Bewegungen der Terroristen mit modernsten technischen Mitteln überwachen zu können
- Instrumente, Organe und Fähigkeiten der inneren und äußeren Sicherheit stärker miteinander zu verzahnen.

2.) Wir stellen den Opferschutz vor den Täterschutz

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört es, Sorge zu tragen, dass Bürger nicht unschuldig zu Opfern werden und ihnen in der Not qualifiziert geholfen wird. Den Opfern von Gewalt und Kriminalität gebührt unsere ganze Aufmerksamkeit. Auch entwickelt sich das Internet zunehmend zu einem Tatwerkzeug für Kriminelle. Wir stärken die Betreuung von Opfern und verbessern ihre Position. Dazu ist unter anderem die Arbeit von ehrenamtlichen Organisationen und Personen zu fördern.

Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU fordern deshalb

- die Bevölkerung vor rückfallgefährdeten Sexualstraftätern zu schützen. Ein engmaschiges Sicherheitsmanagement von Polizei und Justiz, eine bundesweit vernetzte Datei sowie Auskunftsmöglichkeiten für Kindergärten, Schulen und Jugendämter sind notwendig. Zudem hat die Praxis gezeigt, dass die gesetzlichen Bestimmungen zur nachträglichen Sicherungsverwahrung nicht ausreichend sind. Diese Lücken sind zu schließen.
- die Bedrohungen durch die Internetkriminalität ernst zu nehmen. Konsequente Aufklärung und Begleitung sowie internationale Kooperationen sind im Kampf gegen kriminelle Machenschaften im Netz unumgänglich.
- Straftäter schnell und kompromisslos für ihre Taten zu bestrafen. Die Wege für eine verbesserte Leistungsfähigkeit der Gerichte, Staatsanwaltschaften und des Justizvollzugs sind dazu weiter zu beschreiten.

3.) Wir passen die nationalen Sicherheitsstrukturen an internationale Bedrohungen an

Ob organisierte Kriminalität oder Terrorismus - Kriminelle agieren oft weltweit und greifen auf internationale Strukturen zu. Innere und äußere Gefahren sind für den Staat heute nicht mehr zu trennen. Die Reaktion der Sicherheitsbehörden muss sich allein an der Art und Stärke eines Angriffs orientieren, dazu müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Gefahren von der Bevölkerung abzuwenden oder zu minimieren.

Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU fordern deshalb

- den Einsatz der Bundeswehr im Innern bei besonderen Gefährdungslagen ergänzend zuzulassen. Hierfür sind klare Rechtsgrundlagen unter Wahrung der strikten Trennung von Polizei und Bundeswehr zu schaffen. Dabei geht es nicht darum, Soldaten zu Hilfssheriffs der Polizei zu machen.

Die Innenminister und –senatoren der CDU/CSU stehen dafür

- die Verbesserungen der personellen, organisatorischen und technischen Handlungsfähigkeit der Polizei fortzusetzen, um das bestmögliche Ergebnis im Kampf gegen Terror, Gewalt und organisierte Kriminalität zu erzielen
- zeitgemäße Technologiestandards flächendeckend für ganz Deutschland einzuführen.
- mit Spezialisten der zunehmenden Kriminalität im Internet oder im Zusammenhang mit IT-Technik zu begegnen
- für Interessenten mit Migrationshintergrund die Polizei gezielt zu öffnen. Diese sprachlichen und kulturellen Kompetenzen müssen genutzt werden, sie verbessern den wichtigen Zugang zu problematischen Milieus.

Die Innenminister und –senatoren der CDU/CSU stehen dafür

- dass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität weiterhin im Fokus der Sicherheitsbehörden steht, damit durch die finanziellen Möglichkeiten der organisierten Kriminalität keine Strukturen geschaffen werden, die unserem Staat gefährlich werden können.

Die Innenminister und –senatoren der CDU/CSU fordern

- dass die Organisierte Kriminalität auch bundesweit zum Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzämter werden soll.

4.) Wir kämpfen gegen Gewalt von rechts und links und gegen Islamismus

In Deutschland darf es keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen Extremisten oder Kriminelle das Sagen haben. Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU unterstützen deshalb weiterhin die Beobachtung extremistischer Gruppierungen und Organisationen durch den Verfassungsschutz. Erklärtes Ziel der Innenminister und -senatoren der CDU/CSU ist es, auch in den neuen Ländern und in strukturschwachen Regionen positive Signale zu setzen und Lebensperspektiven für Jugendliche zu entwickeln. Dazu werden wir die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den bürgergesellschaftlichen Strukturen verstärken, wie etwa mit Sportvereinen, Kirchengemeinden und Hilfsorganisationen.

Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU stehen dafür

- gegen verfassungsfeindliche Strukturen links- und rechtsextremistischer sowie islamistischer Vereinigungen entschieden vorzugehen.
- Präventivprojekte weiterzuentwickeln, um Jugendlichen die Augen zu öffnen und die Rekrutierung Jugendlicher durch extremistische Vereinigungen zu verhindern.

- der Verbreitung verfassungsfeindlichen Gedankenguts durch extremistische Konzerte und Tonträger entgegenzuwirken.
- nicht zuzulassen, dass Diktaturen verharmlost und ihre Opfer verhöhnt werden.
- extremistischen Zusammenschlüssen entgegenzuwirken, insbesondere durch Verbote organisierter Kameradschaften.
- an der Beobachtung extremistischer Strukturen in der Partei „DIE LINKE“ festzuhalten.
- der unverantwortlichen Verharmlosung entgegenzutreten, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen.
- die gesamtdeutsche Aufbauleistung anzuerkennen.

5.) Wir lassen keine Gewalt im Sport zu

Der Sport ist elementarer Bestandteil der aktiven Bürgergesellschaft und die wichtigste und erfolgreichste gesellschaftliche Organisation. Gewalttätige Ausschreitungen im Verlauf und im Umfeld insbesondere von Fußballveranstaltungen sind inakzeptabel und müssen verhindert werden. Die vielfältigen Konzepte und bestehenden Handlungsempfehlungen sind fortzuführen und werden stetig weiterentwickelt mit dem Ziel, Gewalt bei Fußballspielen nachhaltig zurückzudrängen.

Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU stehen für

- zielgruppenorientierte Präventionsmaßnahmen. Dazu gehört es, Fanprojekte mit Unterstützung durch DFB, Bund und Länder zu fördern, damit das Gewaltpotenzial in der Fanszene abgearbeitet wird.
- Stadionverbote in allen Ligen auf der Basis der Richtlinie des DFB auszusprechen. Ergänzend hierzu ist von Aufenthaltsverbote, Meldeauflagen und Gefährderansprachen Gebrauch zu machen, um potentielle Gewalttäter bereits an der Anreise zu Risikospiele zu hindern.
- Spielverlegungen im Einzelfall in Abstimmung zwischen Polizei und veranstaltendem Verband/Verein.
- für Aktivitäten im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung um den erheblichen polizeilichen Einsatzaufwand bei Fußballeinsätzen zu reduzieren.

6.) Wir stärken unsere Gesellschaft durch bürgerschaftliches Engagement

Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU begrüßen das bürgerschaftliche Engagement für die innere Sicherheit. Für den Brand- und den Katastrophenschutz ist dieses Engagement unverzichtbar und auch Freiwillige Polizeihelfer sind ein Beispiel einer aktiven Bürgergesellschaft. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt auch im Bereich der inneren Sicherheit davon ab, ob auch in

Zukunft Bürger Verantwortung übernehmen. Besonders mit Blick auf den demografischen Wandel zeichnen sich hierbei neue Herausforderung ab.

Die Innenminister und –senatoren der CDU/CSU stehen dafür

- weitere Anreize zu schaffen, dass die Bürger, die sich heute schon ehrenamtlich engagieren diese Arbeit werden wahrnehmen und weitere für dieses Engagement begeistert werden können.
- gezielt Maßnahmen zu ergreifen, um Migrantinnen und Migranten für das ehrenamtliche Engagement im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes. Sie sind Brückenbauer zwischen der angestammten und der zugewanderten Bevölkerung, sie können Sprachbarrieren brechen und sind Mittler zur Integration.
- Modellversuche von Ländern und Kommunen für einen freiwilligen Ordnungs- und Streifendienst durchzuführen.
- Brand- und Katastrophenschutz sowie das Engagement in Rettungsdiensten attraktiv zu gestalten. Neben der Beschaffung von Fahrzeugen und die Förderung baulicher Maßnahmen können eine Vielzahl von weiteren Unterstützungen wie zum Beispiel bei Führerscheinen, Zusatzversicherungen sowie ergänzender Rentenleistungen hinzutreten.
- dass im Interesse der Einsatzfähigkeit der Feuerwehren der Feuerwehrführerschein weiter vereinfacht werden soll, da die derzeitige Rechtslage unnötige bürokratische Hürden aufstellt.

7.) Wir fördern und fordern die Integration

Heute leben ca. 15,3 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund in unserem Land. Gute Deutschkenntnisse bilden die Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist deshalb eine Schlüsselaufgabe. Hoffnungen auf multikulturelle Harmonie zum Nulltarif haben sich nicht erfüllt. Vielmehr ist die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ein Sicherheitsgewinn für die Gesellschaft. Sie sind Brückenbauer zwischen den Kulturen.

Innenminister und –senatoren der CDU/CSU stehen dafür

- die Möglichkeit für den Erwerb von Sprachkenntnissen ist bereits im Kindesalter zu schaffen, denn die deutsche Sprache ist das wichtigste Mittel zur Integration. Das Erlernen der deutschen Sprache hilft, Konflikte zu vermeiden und zu lösen, sie ist ein wichtiger Teil für eine funktionierende Gemeinschaft.

- bürgerschaftliches Engagement als Mittel zur Integration gleichermaßen anzubieten wie einzufordern. Wer dazugehört, wird sich der Gesellschaft verpflichtet fühlen.
- Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsverheiratung zu bekämpfen, indem ein eigenständiger Straftatbestand sowie verbesserte Beratungs- und Betreuungsangebote und ein verlängertes Rückkehrrecht für zwangsverheiratete Frauen eingeführt werden.
- den Sport als ein wirksames Mittel zur Integration zu stärken. Sportvereine zu fördern bedeutet auch, den Anteil von Migrantinnen und Migranten im Sport zu erhöhen und Integration als wechselseitigen Verständigungsprozess lebendig zu gestalten.